Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9602**

17. Wahlperiode 09. 05. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Elvira Drobinski-Weiß, Willi Brase, Petra Crone, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/8922 –

Verbraucherpolitik neu ausrichten – Verbraucherpolitische Strategie vorlegen

A. Problem

Nach Ansicht der Fraktion der SPD ist die Verbraucherpolitik der Bundesregierung ohne Konzept und ihre Grundlagen, Leitbilder, Instrumente und Ziele sind unklar. Nach Darstellung der Antragsteller hat die Bundesregierung es versäumt, das verbraucherpolitische Leitbild des „mündigen Verbrauchers" weiterzuentwickeln. Durch ungünstiges Verbraucherverhalten können unter anderem bestehende soziale Benachteiligungen nach Ansicht der Fraktion der SPD noch verstärkt werden. Daher ist nach Auffassung der Fraktion der SPD ein neues verbraucherpolitisches Konzept notwendig, das sich stärker an den neuesten Erkenntnissen der verbraucherbezogenen Forschung und Verhaltensökonomie orientiert.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/8922 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, eine verbraucherpolitische Strategie vorzulegen und dieser eine auf die Situation der Verbraucherinnen und Verbraucher fokussierte, realistische Einschätzung über das Funktionieren von Märkten und das Zustandekommen von Konsumentscheidungen zugrunde zu legen, das Leitbild des „mündigen Verbrauchers" weiterzuentwickeln und verbraucherpolitische Maßnahmen auf die „realen Verbraucher" auszurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Wurde nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Wurde nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Wurde nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Wurde nicht erörtert.

F. Weitere Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8922 abzulehnen.

Berlin, den 25. April 2012

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Mechthild Heil, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Erik Schweickert, Karin Binder und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8922** in seiner 168. Sitzung am 22. März 2012 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Ansicht der Fraktion der SPD ist die Verbraucherpolitik der Bundesregierung ohne Konzept, ihre Grundlagen, Leitbilder, Instrumente und Ziele sind unklar. Nach Darstellung der Antragsteller hat die Bundesregierung es versäumt, das verbraucherpolitische Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ weiterzuentwickeln. Daher ist nach Auffassung der Fraktion der SPD ein neues verbraucherpolitisches Konzept notwendig, das sich stärker an den neuesten Erkenntnissen der verbraucherbezogenen Forschung und Verhaltensökonomie orientiert.

Ein differenziertes Verbraucherbild hilft aus Sicht der Antragssteller, passgenaue Antworten auf die unterschiedlichen Realitäten der Konsumenten zu finden. Um Verbraucherinnen und Verbraucher mit ihren spezifischen Problemen und Bedürfnissen in den unterschiedlichen Märkten zu unterstützen, muss laut Antragsteller ein angemessener Mix aus Informationen, Ge- und Verboten, Voreinstellungen, Basisprodukten, technischen Lösungen usw. genutzt werden. Soweit es sich dabei um gesetzliche Regelungen handelt, muss der Staat nach Ansicht der Antragsteller durch wirksame Überwachung für die Einhaltung sorgen. So kann nach Ansicht der Fraktion der SPD der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren, Irreführung und Betrug oft nur durch staatliche Behörden und einen ordnungsrechtlichen Rahmen effektiv gewährleistet werden.

Zahlreiche Teilmärkte wurden nach Aussage der Antragsteller in den vergangenen 20 Jahren liberalisiert, privatisiert und teilweise auch neu geschaffen. Entscheidungen wurden damit nach Ansicht der Fraktion der SPD von der politischen Ebene in Richtung Markt und damit auch auf den Verbraucher verlagert. Durch ungünstiges Verbraucherverhalten können daher nach Ansicht der Antragsteller bestehende soziale Benachteiligungen noch verstärkt werden. Insbesondere bei Fragen von existenzieller Bedeutung wie der sozialen Absicherung müssen die Verbraucher nach Ansicht der Fraktion der SPD verstärkt vor Fehlentscheidungen geschützt werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/8922 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- eine verbraucherpolitische Strategie vorzulegen und die Grundlagen, Leitbilder, Instrumente und Ziele der Verbraucherpolitik darzustellen;
- das Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ nach einem Realitätscheck weiterzuentwickeln und verbraucherpolitische Maßnahmen auf die „realen Verbraucher“ auszurichten;
- ihrer Strategie eine auf die Situation der Verbraucherinnen und Verbraucher fokussierte, realistische Einschätzung über das Funktionieren von Märkten und das Zustandekommen von Konsumentscheidungen zugrunde zu legen;
- Indikatoren für gute Verbraucherinformation zu entwickeln;
- unter Einbeziehung der Verbraucherverhaltensforschung zu prüfen, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Basis für einen selbstbestimmten und mündigen Konsum zu schaffen;
- die Auswirkungen von Gesetzgebungsvorschlägen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher, ihr Verhalten und das Funktionieren der Märkte systematisch zu prüfen (Verbrauchercheck);
- die Voraussetzungen für eine evidenz- und forschungsbasierte Verbraucherpolitik zu schaffen und hierfür Vorschläge für einen Ausbau der Verbraucherforschung vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 80. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 85. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 87. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten

und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 67. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 101. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 64. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 71. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 70. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 64. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 63. Sitzung am 25. April 2012 den Antrag auf Drucksache 17/8922 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/8922 in seiner 69. Sitzung am 25. April 2012 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, eine derart allgemein gehaltene Kritik an der Arbeit der Bundesregierung fördere nicht die inhaltliche Debatte über eine angemessene Verbraucherpolitik. Der umfangreiche verbraucherpolitische Bericht 2012 der Bundesregierung, der im Bundeskabinett jetzt beschlossen worden sei, belege die umfangreichen Aktivitäten der Bundesregierung in vielen Bereichen des Verbraucherschutzes, so dass der Antrag der Fraktion der SPD mit seinen Forderungen ins Leere ginge. Beachtenswert sei, dass die beiden anderen Oppositionsfraktionen den Inhalt des Antrages der Fraktion der SPD ebenfalls sehr kritisch sehen. Der Antrag werde daher abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte, die Verbraucherpolitik der Bundesregierung sei konzeptlos. Dem Antrag sowie der hinter ihm stehenden verbraucherpolitischen Strategie der Fraktion der SPD liege eine realistische Einschätzung über das Funktionieren von Märkten und über das Zustandekommen von Konsumentscheidungen zugrunde. Ihre Vorschläge würden die Voraussetzung für einen selbstbestimmten und mündigen Konsum schaffen. Notwendig sei ein intelligenter Mix aus verschiedenen Instrumenten wie zum Beispiel Informationen, Ge- und Verboten sowie Voreinstellungen, um den Verbraucher in den unterschiedlichen Marktbereichen als Teilnehmer am Markt zu unterstützen. Erforderlich sei auch die Einführung eines Verbraucherchecks in der Gesetzgebung.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, die Bundesregierung habe sich im wirtschaftlichen, rechtlichen, finanziellen und gesundheitlichen Verbraucherschutz klare Ziele gesetzt, die entweder bereits umgesetzt worden seien oder sich aktuell in der Umsetzungsphase befänden, wie zum Beispiel die Bekämpfung von unseriösen Geschäftspraktiken im Inkassobereich. Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes habe man schnell und entschlossen auf die Problematiken reagiert, die mit Auftreten des Dioxin- und EHEC-Geschehens im Jahr 2011 entstanden seien. Auch im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes würden die Dinge aufgegriffen, die den Verbrauchern „unter den Nägeln brennen würden.“ Aufgrund dessen werde der Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, sie halte die Einschätzung der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur verbraucherpolitischen Bilanz der Bundesregierung in der gegenwärtigen Legislaturperiode für selbstgerecht. Sie teile grundsätzlich die Forderung der Fraktion der SPD, dass die Verbraucherpolitik neu ausgerichtet und das verbraucherpolitische Leitbild überarbeitet werden müsse. Letzteres müsse die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und deren institutionelle Vertretung zum Beispiel durch Sammelklagen verbessern. Notwendig sei auch eine staatliche Marktregulierung im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Fraktion DIE LINKE. teile aber die Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Forderungen in dem Antrag der Fraktion der SPD zu allgemein gehalten seien und werde sich daher enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, sie unterstütze die von der Fraktion der SPD geäußerte Kritik an der Verbraucherpolitik der Bundesregierung. Allerdings seien der Antrag und dessen Vorschläge zu allgemein gehalten. Zwar teile man vom Grundsatz her die angesprochenen Forderungen, so befürworte man – wie die Antragsteller – die Schaffung einer evidenz- und forschungsbasierten Verbraucherpolitik. Aus diesem Grund fordere die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch Verbesserungen bei der Marktbeobachtung durch die Einrichtung eines „Marktwächters“. Der Antrag bewege sich aber inhaltlich zu sehr an der Oberfläche, weswegen man sich in der Abstimmung enthalten werde.

Berlin, den 25. April 2012

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Erik Schweickert
Berichterstatter

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333